

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 136 (1970)
Heft: 1

Rubrik: Ausländische Armeen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lich übersteigt, nimmt die Trefferwahrscheinlichkeitsdichte kurz vor den Umkehrpunkten der Schwingung ihr beträchtlich kleiner geworden Maximum an.

Unter bestimmten Bedingungen kann bei genügend kleinem Feuerleitfehler die Trefferwahrscheinlichkeit durch entsprechendes «Danebenzielen» erhöht werden und bei verschwindendem «Danebenzielen» ein gewisser Feuerleitfehler als «zulässig» betrachtet werden, das heißt, bis zu diesem Wert des Feuerleitfehlers nimmt die Trefferwahrscheinlichkeit bei steigendem Feuerleitfehler nicht ab.

Die Frequenz der Rohrschwingung beeinflusst die Trefferwahrscheinlichkeit nicht. Für den Feuerstoß gilt bei konstanter Trefferwahrscheinlichkeit des Einzelschusses folgendes:

Wegen des Auftretens von Sättigungserscheinungen hat es keinen Sinn, das Produkt von Anzahl der Schüsse pro Feuerstoß und Trefferwahrscheinlichkeit des Einzelschusses beträchtlich über den Wert 1 zu bringen. 22 b (Dr. ing. K. Nixdorff in Nr. 9/1969)

Allgemeine Militärrundschau

Neue Tendenzen der sowjetischen Strategie

Mit dem Einmarsch in die Tschechoslowakei hat die Sowjetunion nicht nur den hohen Grad ihrer militärischen Aktionsbereitschaft demonstriert, sondern zugleich – besonders durch die Art der Motivierung – den expansionistischen Charakter ihrer Politik bestätigt. Nachdem die Position im Zentrum konsolidiert ist, verlegt sich das Schwergewicht auf die beiden Flügel. Für die russische Aktivität in Nordeuropa ist bezeichnend, daß kurz nach der Intervention in der Tschechoslowakei Kossygin mit einer starken Militärdelegation zu Gesprächen in Helsinki erschien. Die offiziellen Kommentare betonten, daß es notwendig sei, angesichts der «deutschen Wühlarbeit in Skandinavien» dem Beistandspakt von 1948 mehr Konsistenz zu geben. In den gleichen Rahmen gehören die Flotten- und Luftmanöver des letzten Sommers, die sich auf das gesamte Seegebiet zwischen dem Nordkap und Island bis ins Kattegatt ausdehnten.

Noch ausgeprägter ist die russische Aktivität im Mittelmeer. Wenn kürzlich einige Flotteneinheiten zurückgezogen worden sind, so nur, weil die Luftabwehr für sie nicht genügend sichergestellt war. Diese Lücke dürfte durch die Benützung ägyptischer und vermutlich bald auch algerischer Luftstützpunkte in absehbarer Zeit geschlossen werden. Die Machtausdehnung im Mittelmeer schließt an jahrhundertalte politische Tendenzen Rußlands an. Ihr psychologischer Effekt auf das eigene Volk darf deshalb nicht unterschätzt werden. Sie ist ein willkommenes Mittel, die Aufmerksamkeit von den inneren Schwierigkeiten abzulenken. fe (C. Weithas in Nr. 9/1969)

Eine Betrachtung über die «vorgefaßte Meinung»

«Vorgefaßte Meinung» wird in der Regel mit der Mißachtung der methodischen Grundsätze für die Entschlußfassung gleichgesetzt. Dieser Auffassung wird eine differenziertere Deutung entgegengesetzt. Der Verfasser legt dar, daß die vorgefaßte Meinung, die sich auf solide Indizien stützt und mit einer seriösen Analyse aller wichtigen Beurteilungselemente gepaart ist, zu großen Erfolgen führen kann. Ein Beispiel da-

für ist nach ihm der Plan Manstein. Dieser setzte als sicher voraus, daß die französische Führung sich ganz auf eine neue Version des Schlieffenplanes einstellen und das Gros ihrer Kräfte im Nordabschnitt konzentrieren würde, profitierte aber auch von der vorgefaßten Meinung des Gegners, daß die Ardennen «unwegsam» seien, und erreichte damit einen hohen Grad der Überraschung; den aber konnte nur eine genaue Analyse des Geländes und der eigenen Möglichkeiten bringen. Zudem hatte Hitler dem ursprünglichen Plan seines Generals ein Täuschungsmanöver beigefügt, das geeignet war, die französische Führung tatsächlich zur Konzentration der Kräfte in Belgien zu verleiten. Daß diese so vollkommen den Wünschen des Gegners entsprechend reagierte, erklärt sich daraus, daß sie selber Opfer einer vorgefaßten Meinung war, die in allen Teilen der Lagebeurteilung zu falschen Schlüssen führte: Sie riskierte eine Bewegungsschlacht mit einem Instrument, das ganz für den statischen Kampf geschaffen war; ihre Beurteilung des Geländes und der gegnerischen Möglichkeiten war in überlebter Routine befangen, und in der Bewertung der operativen Fähigkeiten der gegnerischen Führung verfiel sie einer überheblichen Verblendung, welche den Oberkommandierenden, General Gamelin, zur Äußerung verleitete, er würde den Deutschen eine Milliarde schenken, wenn sie ihm die Freude machten, ohne Verzug anzugreifen. – Der Preis war in der Tat bedeutend höher... fe

(Major H. Montfort in Nr. 9/1969)

Armed Forces Management

Beschaffung von Kriegsmaterial: mühsam und zeitraubend

Im laufenden Fiskaljahr gibt das amerikanische Verteidigungsdepartement für Güter und Dienstleistungen rund 46 Milliarden Dollar aus und tätigt etwa 11 Millionen einzelne Käufe. Nach Auffassung des Departementes wird diese Aufgabe – auf Grund von im wesentlichen richtigen geschäftspolitischen Grundsätzen – im allgemeinen recht gut gelöst. Deshalb wird eine wesentliche Änderung der Grundsätze nicht ins Auge gefaßt. Dagegen soll die Anwendung der Grundsätze durch untere Instanzen verbessert und insbesondere der nicht immer befriedigenden Kommunikation innerhalb der Departementshierarchie Beachtung geschenkt werden.

Als dauerndes Problem bei der Beschaffung größerer Waffensysteme wird die zweckmäßige Anpassung der vertraglichen und geschäftlichen Aspekte an den technischen Fragenkomplex bezeichnet. Dabei sei weniger die Phase der Konzeptformulierung und der Entwicklung problematisch, da entsprechende Verträge zu fixen Preisen abgeschlossen würden, als der Übergang zur eigentlichen Produktion.

Die Beschaffung komplexer Waffensysteme erfordert eine Zeitspanne von 5 bis 7 Jahren. In dieser Zeit werden neue Ideen und Konzepte entwickelt und technische Fortschritte erzielt. Entsprechende Änderungen der Verträge sind deshalb bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich. Als bedeutsam wird außerdem der allzu große Optimismus betrachtet, den sowohl die Verteidigungsindustrie als auch militärische Stellen bezüglich der Erfolgchance technischer Entwicklungen und hinsichtlich der Kosten regelmäßig an den Tag legen.

Um die Vorteile der Konkurrenz unter den Produzenten auszunützen, werden häufig pa-

rallele Entwicklungskontrakte abgeschlossen. Das scheint zweckmäßig zu sein, wenn man bedenkt, daß die Entwicklungskosten vielfach nur etwa 10 % der Kosten ausmachen, die während der gesamten Lebensdauer eines Waffensystems erwachsen. Andererseits kommt parallele Entwicklung nicht in Frage, wenn dadurch große zusätzliche Kosten entstünden.

Eine neue Untersuchung hat ergeben, daß die Gewinne privater Unternehmungen aus Verteidigungsaufträgen in den letzten 10 Jahren gesunken sind und in den letzten 3 Jahren nach Abzug der Steuern durchschnittlich 7,3 % betrugen. Demgegenüber erzielten dieselben Firmen auf ihren privaten Aufträgen 7,4 % Gewinn, und für die andern Branchen der Wirtschaft wurde ein Gewinnsatz von 10,1 % ermittelt. Nach Auffassung des Verteidigungsdepartementes erklärt sich dieser Unterschied hauptsächlich aus der stärkern Konkurrenz im Verteidigungssektor.

Eine weitere Untersuchung von rund 100 Aufträgen, die in den Jahren 1961 bis 1968 erteilt wurden, ergab, daß bei 75 der Zeitplan eingehalten und bei über 90 die technischen Forderungen erfüllt wurden. Dagegen trat bei Aufträgen von ursprünglich 3,5 Milliarden Dollar eine durchschnittliche Preissteigerung von 48 % ein, von der allerdings nur 4,1 % den Produzenten belastet werden kann; der Großteil ist auf nachträgliche Vertragsänderungen zurückzuführen.

Zwar ist es dem Außenstehenden nicht möglich, die Zuverlässigkeit und den Aussagewert der zitierten Untersuchungen zu beurteilen, doch ist es verständlich, daß der Verantwortliche für die Beschaffung im Verteidigungsministerium, John H. Malloy, auf Grund der erwähnten Resultate einige in der Öffentlichkeit verbreitete Auffassungen zurückweisen zu können glaubt. So bezeichnet er als Mythen die Ansicht, es herrsche keine Konkurrenz in der Verteidigungsindustrie, die Behauptung, es würden übermäßige Gewinne erzielt, und die Annahme, der Verteidigungsindustrie fehle die Motivation für kostengünstige Produktion.

(Nr. 6/1969)

mr

Ausländische Armeen

NATO

Die Rüstungschefs der NATO-Länder gaben an einer im November abgehaltenen Konferenz grünes Licht für den Bau eines polyvalenten Kampfflugzeuges (MRCA), an dessen Konstruktion Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Italien beteiligt sind. Alle Länder der Allianz sollen die Möglichkeit haben, sich am Projekt zu vorteilhaften Bedingungen zu beteiligen, oder Vorteile genießen, wenn sie sich zu einer Bestellung des vorgesehenen Apparates entschließen.

Angesichts der ständigen Zunahme der Rüstungskosten waren sich die Rüstungschefs der NATO-Länder der Notwendigkeit bewußt, Doppelspurigkeiten und Verschwendungen zu vermeiden. Dies auch im Hinblick darauf, daß die Existenz verschiedenartiger Rüstungen innerhalb einer integrierten mili-

tärischen Organisation bei einem Konflikt schwerwiegende oder gar katastrophale Folgen haben könnte. Eine *standardisierte Bewaffnung* werde die NATO-Streitkräfte beweglicher machen. – Die Rüstungschefs hörten sich außerdem einen Bericht der «Gruppe der industriellen Berater» an, deren Aufgabe es ist, die Industriellen und Militärs für das Ziel der Zusammenarbeit und Standardisation zu gewinnen.

Die aus sieben Mitgliedern bestehende *Gruppe für nukleare Planung* der NATO verabschiedete an einer Tagung in der Umgebung Washingtons zwei wichtige Papiere über *taktische Nuklearwaffen*. Das erste betrifft die Verfahrensregelung, die in der Konsultation der Verbündeten vor dem Einsatz solcher Waffen befolgt werden soll. Es handelt sich dabei um multilaterale Konsultationen, die aber notfalls noch durch bilaterale ergänzt werden können. Die entscheidende Frage, die sich hier stellte, war das *Vetorecht* eines Landes, in welchem solche Waffen eingesetzt würden. Es soll nun auf ein Veto verzichtet werden; dafür wurde der Konsultationsprozeß in allen Einzelheiten festgelegt. Bekanntlich steht das Verfügungsrecht über Nuklearwaffen in der westlichen Allianz einzig dem Präsidenten der USA zu – soweit diese Waffen, was praktisch ja der Fall ist, amerikanischer Herkunft sind. Das zweite Papier behandelt die verschiedenen Eventualfälle des *Einsatzes* taktischer nuklearer Waffen. Hier soll die Gruppe übereingekommen sein, die *taktischen Nuklearwaffen* nur einzusetzen, wenn mit den konventionellen Waffen einem sowjetischen Angriff nicht mehr Einhalt geboten werden könnte. Durch die Verabschiedung der beiden Papiere soll Raum für eine gewisse Flexibilität geschaffen werden, wodurch die Abschreckungsstrategie der Allianz, wie man glaubt, gestärkt würde. z

Frankreich

Der französische Staatspräsident Pompidou erklärte vor einer Versammlung von etwa hundert hohen Offizieren und Generälen in Paris, ein Land wie Frankreich, das sein Schicksal selber bestimmen wolle, müsse eine *Verteidigungspolitik* befolgen, die jeden möglichen Gegner davon abhalte, sein Territorium anzugreifen. Pompidou erklärte in seiner Rede in der Kriegsschule anlässlich der Eröffnung eines Lehrgangs über *nationale Verteidigung*, diese sei nicht nur militärischer Art, sondern werde in *allen* Bereichen angewendet, denn sie sei «eine Form des physischen und moralischen Widerstandswillens einer Nation gegen äußeren Druck», der ständig auf ihrer Unabhängigkeit, das heißt ihrer Existenzgrundlage, liegen könne. Die Mittel der Verteidigung, worunter an letzter Stelle die militärischen figurierten, müßten alle Lebensbereiche umfassen, und ihr Wert hänge von der Stärke eines Landes auf *allen* Gebieten ab.

Der vom französischen Verteidigungsminister Michel Debré der Nationalversammlung unterbreitete *Militärhaushalt 1970* stellt mit rund 27,2 Milliarden Francs (rund 20 Milliarden Schweizer Franken) den verhältnismäßig niedrigsten seit 100 Jahren dar; 13 Milliarden Francs entfallen auf die Rüstung. Davon sind nach Debré weniger als 3 Milliarden für die *Atomrüstung* vorgesehen. Die strategische Nuklearwaffe Frankreichs, erklärte Debré, diene lediglich zur *Abschreckung* eines möglichen Angreifers. Im übrigen beruhe die Militärpolitik

Frankreichs auf «dem Willen zum Frieden, zur Unabhängigkeit und zur Entscheidungsfreiheit». Frankreich werde in strategischer Hinsicht die Entwicklung der *Lage im Mittelmeer* genau beobachten müssen, denn der Wettbewerb der zwei Weltmächte USA und UdSSR werde sich in diesem Teil Europas fortsetzen. Diese Entwicklung werde der französischen Landesverteidigung neue Verpflichtungen auferlegen. Trotz Einsparungen im Militärbudget könnten die wesentlichen Militärprogramme aufrechterhalten werden, wenn auch mit gewissen Verzögerungen.

Das Ziel der in *Helsinki* zwischen den USA und der Sowjetunion aufgenommenen Gespräche über die Begrenzung der Atomwaffen nannte Debré ein «vernünftiges Gleichgewicht des Schreckens», aber das sei keine Abrüstung.

Debré kündigte ferner an, daß in Zukunft nur noch die Hälfte der Streitkräfte Frankreichs aus *Dienstpflichtigen* bestehen werde, weil eine gute Ausbildung an den modernen Waffen Berufssoldaten und längerdienende Freiwillige erfordere. Es werde daher möglich sein, schon im Laufe des Jahres 1970 die *Wehrdienstpflicht* von gegenwärtig 16 auf 12 Monate herabzusetzen.

Frankreich hält die Lieferung von fünf schnellen Patrouillenbooten mit Raketenausrüstung an *Israel* wegen des vor 2 Jahren beschlossenen Waffenembargos zurück. z

Die Manöver «Exnat» und «Datex»

Unter der Leitung von Armeegeneral Fourquet wurden in Frankreich vom 13. bis 20. Mai 1969 Manöver auf nationaler Ebene durchgeführt. Bei «Exnat» handelte es sich um eine Übung der höheren Stäbe (unterste beteiligte Stufe waren die Divisionsstäbe der «force de manœuvre»), mit dem Zweck, die Zusammenarbeit zwischen den Militärbehörden und den Führungsorganen der Teilstreitkräfte zu schulen. Hiefür diene eine Übungsanlage, die sich von verschärfter internationaler Spannung bis zum Kriegsausbruch entwickelte. Die Ergebnisse liegen namentlich darin, daß genauere Anhaltspunkte über den Zeitbedarf für die Einsatzbereitschaft einzelner Kräfte gewonnen wurden. Da auch der Fall des Einsatzes französischer Streitkräfte im Rahmen der NATO mit berücksichtigt wurde, ließen sich in diesem Bereich wichtige Koordinationsprobleme genauer erkennen.

In der Übung «Datex» wurde die französische Luftverteidigung praktisch erprobt. Elemente der Luftstreitkräfte verbündeter Nationen (England, Belgien, Italien) übernahmen dabei teilweise die Feindmarkierung. Die Ergebnisse werden gesamthaft als befriedigend bewertet. Insbesondere soll sich der praktische Nutzen des automatischen Nachrichtenübermittlungs- und -darstellungssystems erwiesen haben. fe

Grossbritannien

Großbritannien hat dem libyschen Ersuchen entsprochen, sein Truppenkontingent aus Libyen abzuziehen. Nach dem bestehenden Vertrag hätte England noch bis 1973 in diesem nordafrikanischen Land eine Garnison unterhalten können. z

Österreich

Im Raume südlich der Donau zwischen St. Pölten und Amstetten in Niederösterreich fand im November die Übung «Bärentatze» des österreichischen Bundesheeres statt, an der 12 500 Mann, 400 Kettenfahrzeuge und über 1000 weitere Motorfahrzeuge sowie Teile der Luftwaffe teilnahmen. Die Manöver standen unter der Leitung von Generalmajor Ignaz Reichel, Befehlshaber der Gruppe I des österreichischen Bundesheeres, welche die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland umfaßt. Erstmals beteiligten sich an diesen Manövern auch *Landwehrverbände* von rund 2700 Mann. Die österreichische Landwehr besteht aus Wehrpflichtigen, die ihren ersten Präsenzdienst schon vor Jahren abgeschlossen haben und nun für die Übung «Bärentatze» für 8 Tage aufgeboden und teilweise zu Verteidigungsaufgaben in ihrem engeren Wohnbereich eingesetzt wurden. Die Übung bezweckte die praktische *Ausbildung* beider Manöverparteien, die dem Kennwort entsprechend, «kräftige Schläge» austeilen sollten. Durch das Übungsgebiet führen in Richtung der Autobahn Salzburg–Wien wichtige und rege benützte Verbindungsstraßen. In enger Zusammenarbeit mit dem Bundesheer war darum auch die österreichische *Gendarmerie* mit einem Großeinsatz an Personal und Motorfahrzeugen und zwei Helikoptern Tag und Nacht im Einsatz, um das Abrollen der Manövereinsätze zu begünstigen und Verkehrsunfälle zu vermeiden. Die Truppe, die im zweckmäßigen Einsatz von Waffen, Geräten und Ausrüstung auch älteren Datums geschult wurde, mußte in vier kalten Manövernächten durchhalten und habe sich in bezug auf Tarnung und Gliederung kriegsgemäß verhalten. z

Vereinigte Staaten

Nach einer deutschen Information aus Washington soll es in Amerikas Rüstung und Strategie schon bald zu «umwälzenden Entwicklungen» kommen, indem die Verteidigung *Europas* weit mehr als bisher auf *konventionelle* Waffen ausgerichtet würde, um das Risiko eines Nuklearkrieges nach Möglichkeit auszuschließen. Rund *dreihundert Militärbasen* in den USA und teilweise im Ausland sollen aufgelöst oder in der Truppenstärke wesentlich reduziert werden. Bis Juni 1971 sollen 220 000 Soldaten entlassen werden. Wenn es gelinge, den Vietnamkrieg zu beenden, werde die amerikanische *Truppenstärke* um 900 000 Mann auf 2,6 Millionen herabgesetzt. Die aktiven US-Divisionen sollen künftig ausschließlich in den USA ausgebildet werden. Die strategische Reserve soll im Ernstfall aus den USA per Air-Lift auf die Kriegsschauplätze verbracht werden.

Die amerikanische *Luftwaffe* wird die von Verteidigungsminister Laird angekündigten Einsparungen am Militärbudget stark zu spüren bekommen, wobei das nordamerikanische Luftverteidigungskommando (NORAD) am stärksten betroffen wird: Drei NORAD-Stützpunkte sollen geschlossen und fünf Abfangjägergeschwader eingemottet werden. Das NORAD-System wurde seinerzeit geschaffen, um den nordamerikanischen Kontinent vor sowjetischen Angriffen über den Nordpol zu schützen. Das Hauptquartier befindet sich in Colorado Springs, und ein kanadischer General

ist stellvertretender Befehlshaber. Das Pentagon kündigte ferner an, daß die B 58-Bomber, die einzigen im Einsatz stehenden Überschallbomber, auf ihren noch verbliebenen Stützpunkten in Little Rock in Arkansas und in Grissom in Indiana stillgelegt würden. Die B 58-Bomber, die Atombomben mit sich führen können, wurden 1959 in Dienst gestellt; es wurden jedoch nur 86 Maschinen dieses Typs gebaut. Die neuen *fb 111-Überschallbomber* stehen noch nicht im Einsatz. Insgesamt werden in der US-Luftwaffe etwa 37 800 Militärstellen und 27 000 Zivilstellen aufgehoben. Die Einsparungen sollen sich auf rund 609 Millionen Dollar im Jahr belaufen.

Die amerikanische Landarmee verfügt nach einem in den «New York Times» erschienenen Artikel über 20 000 Geschosse, die mit dem hochwirksamen *chemischen Kampfstoff Botulin* vergiftet sind. Geringe Mengen dieses Giftes können bereits Lebensmittelvergiftungen hervorrufen und unter schweren Lähmungserscheinungen zum Tode führen. Die vergifteten Geschosse sind nach den «New York Times» im Arsenal von *Pine Bluff* (Arkansas), wo sich 332 zivile und militärische Spezialisten mit der Entwicklung chemischer und biologischer Waffen befassen, «langfristig eingelagert». Die Geschosse sollen zweierlei Typen aufweisen: Der eine habe ein Kaliber von 3,8 cm, der andere sei «trennbar», wobei die Bedeutung dieses Ausdrucks nach den «New York Times» nicht durchsichtig ist. Das amerikanische Verteidigungsministerium hat jeden Kommentar zum Artikel der «New York Times» abgelehnt. (Das Kaliber der Botulin enthaltenden Geschosse konnte auf Grund der Information, auf die wir uns stützen, nicht verifiziert werden. Der Berichtersteller.).

Die amerikanische Zeitschrift «True» hat im November eine Karte veröffentlicht, auf der alle *Nuklearinstallationen der USA* eingetragen sein sollen. Namentlich sind auf dieser Karte erwähnt: 75 Abschußbasen für Antilufttraketen «Nike-Hercules», die sich in der Nähe von 23 Industriezentren befinden; 24 Basen des «Strategic Air Command»; 6 Abschußbasen für Antilufttraketen «Bomarc» in der Nähe von wichtigen Militärbasen; 9 Abschußbasen für Interkontinentalraketen der Typen «Titan» und «Minuteman»; 2 Montagebasen für «Polaris»-Raketen; 6 Depots für Nuklearwaffen der Marine und 5 Trainingsbasen für taktische Nuklearwaffen der Armee. In diesem Artikel wurde auch behauptet, die Zahl der in den USA gelagerten *Nuklearwaffen* betrage 40 000, während die Regierung nur 4200 strategische und rund 7000 sogenannte taktische Atomwaffen zugibt.

Im November traf ein mit einem neuartigen Fliegerabwehrsystem ausgerüstetes amerikanisches Artilleriebataillon in der Bundesrepublik Deutschland ein und wurde in Mainz stationiert. Das zum Art Rgt 59 gehörende Bataillon verfügt über eine «Chaparral-Vulcan»-Ausrüstung, die der Abwehr von Tieffliegerangriffen dient. «Chaparral» heißt die *Rakete* und «Vulcan» die Abschußvorrichtung, mit der gleichzeitig sechs Raketen abgeschossen werden können. – In der Bundesrepublik werden weitere amerikanische Truppenverbände erwartet, die mit der gleichen Ausrüstung versehen sind und der Verstärkung des NATO-Potentials in der Bundesrepublik dienen sollen.

Der amerikanische Kongreß billigte Präsident Nixons Vorschlag, ein *Lossystem für die Rekrutierung* der Armee einzuführen. Bei diesem

System werden für jeden Monat einige Geburtstage ausgelost, und wer an diesen Tagen geboren ist, wird eingezogen.

Nachdem nun sowohl der amerikanische Senat wie das Repräsentantenhaus für die Rüstungsbeschaffung im *Militärbudget* des laufenden Haushaltsjahres 20,7 Milliarden Dollar bewilligt haben – womit das Pentagon praktisch alle Forderungen durchsetzte –, ist die Vorlage Präsident Nixon zur Unterzeichnung vorgelegt worden. In der Differenzbereinigung zwischen den beiden Kammern unterlagen die meisten Kürzungsanträge des Senates. 759,1 Millionen Dollar entfallen nun auf das umstrittene Raketenabwehrsystem, dessen Entwicklung Präsident Nixon gefordert hatte.

Seit Beginn des *Vietnamkrieges* bis Anfang November 1969 haben die USA auf diesem Kriegsschauplatz 2901 Flugzeuge und 3150 Helikopter verloren.

Sowjetunion

Die amerikanische Zeitschrift «Aviation Week and Space Technology» hat die bereits vorher vom wissenschaftlichen Mitarbeiter eines privaten britischen Fernsehdienstes durchgegebene Meldung bestätigt, wonach im Oktober 1969 im sowjetischen Raumfahrtzentrum von *Baikonur* die neueste *Trägerrakete* für die geplante Raumfahrtstation durch eine *Explosion* zerstört worden sei. Vermutlich könnten nun die Sowjets 1970 keinen Mondlandeversuch unternehmen.

Das Wettrüsten geht weiter

Das «Internationale Forschungsinstitut für den Frieden» in Stockholm stellt in seinem Jahresbericht fest, daß das Abkommen über ein teilweises Verbot der Kernwaffenversuche kein wirksames Mittel für die Begrenzung dieser Waffen gewesen sei. Die Zahl der Versuche (unterirdisch!) habe im Gegenteil nach der Unterzeichnung des Vertrages zugenommen. Der Bericht zählt sodann dreiunddreißig große *Unfälle von Nuklearwaffenträgern* auf, die sich seit 1950 ereignet haben. Größtenteils handelt es sich um Flugzeugunglücke in den USA und in der Sowjetunion, doch werden auch Unfälle in Großbritannien, Marokko und der Arktis aufgeführt. Ferner wird auf den Absturz eines mit Thermonuklearwaffen bestückten B 52-Bombers in der Nähe von Toronto in Kanada und auf das Verschwinden der Atom-U-Boote «Thresher» und «Scorpion» hingewiesen.

Der Bericht hält weiter fest, daß die *Waffenkredite* in den USA und in der UdSSR seit 1965 um rund 40 % zugenommen haben; für die ganze Welt liegt die durchschnittliche Zunahme bei 30 %. Während die Warschauer-Pakt-Staaten ihre Militärausgaben in den letzten 4 Jahren beträchtlich erhöht hätten, sei dies für die NATO-Länder, mit Ausnahme der USA, nicht der Fall.

Der Bericht stellt auch einen Vergleich an zwischen dem Fortschritt des Baues von strategischen *Raketen mit mehreren Sprengköpfen* in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion und kommt zum Schluß, daß, wenn diesen Versuchen nicht sofort ein Ende gesetzt werde, «der *Wettrüsten* bei den strategischen Waffen eine neue Etappe erreichen wird, die schwer rückgängig zu machen ist». Schließlich weist der Bericht noch darauf hin, daß der

Rüstungswettrüsten in den Industriestaaten auch die Ausbreitung moderner Waffen in den *Entwicklungsländern* zur Folge gehabt habe. Noch 1957 sei beispielsweise keines dieser Länder im Besitz von Boden/Luft-Raketen mit großer Reichweite gewesen, während heute bereits neunzehn Entwicklungsländer über solche Waffen verfügen.

Prozesse gegen sowjetische Offiziere

Im Zusammenhang mit einem Prozeß gegen einen sowjetischen Marineoffizier in Gawrilow und zwei weitere Marineoffiziere in Leningrad ist für in Polen stationierte sowjetische Einheiten ein verschärftes Ausgehverbot verhängt worden. In polnischen Gefängnissen sitzen gegenwärtig die Söhne des ehemaligen polnischen Ministers Stanislaw Zawadzki und die russische, aus Leningrad stammende Ehefrau des einen der Söhne. Sie hatten Kurierdienste zwischen oppositionellen Gruppen in Warschau und Leningrad geleistet. Es bestand offenbar eine enge Verbindung zwischen den Offizieren in Leningrad und den jungen Polen. Den sowjetischen Soldaten und Offizieren ist nunmehr jeglicher Umgang mit polnischen Zivilisten untersagt. Das betrifft auch die Zivilangestellten und Familien der sowjetischen Einheiten in Polen. Der Besuch von polnischen Restaurants und Kinos ist ihnen verboten. Sie dürfen unter anderem nicht einmal Uhren bei polnischen Uhrmachern in Reparatur geben. In Liegnitz, dem Befehlssitz der sowjetischen Heeresgruppe Nord, leben 30 000 Russen wieder wie vor dem 17. Dezember 1956, dem Datum des Truppenvertrages zwischen Polen und der UdSSR, in einem Getto. Es wird sogar auf sowjetischer Seite erwogen, den Kontakt zwischen polnischen und sowjetischen Militärs einzuschränken. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die sowjetische Armeeführung eine Infiltrierung ihres Offizierskorps durch feindliche Ideen und durch Kontakte mit opponierenden Gruppen in Ostblockländern befürchtet. Die drei erwähnten sowjetischen Marineoffiziere sind nicht die ersten, die vor Gericht stehen. So befindet sich der frühere Dozent für Militärkybernetik an der Frunse-Akademie, Generalmajor Grigorenko, noch in Haft. Im Dezember 1967 und März 1968 fanden Prozesse gegen Offiziere in Leningrad statt, und es dürfte auch kein Zufall sein, daß der Breschnew-Attentäter, Lt Iljin, aus der Leningrader Garnison kommt.

DDR

Neue Ausbildungs- und Lehrprogramme an den militärischen Ausbildungsstätten

Die Regierung hat in jüngster Zeit wiederholt zu verstehen gegeben, daß sie ihren harten militärpolitischen Kurs auch in den siebziger Jahren fortsetzen und das System der Landesverteidigung weiter ausbauen will. Parteichef Walter Ulbricht erklärte nach einem Bericht in der Zeitung «Volksarmee» im Oktober auf einem Empfang für die Absolventen der Militärakademien, daß sich die SED keinen Illusionen über die Gefährlichkeit des «Klassengegners» hingabe. Die militärpolitische Konzeption der SED für die nächsten Jahre, die Ende Oktober den Kommandanten der Volksarmee auf einer

Tagung erläutert wurde, verlangt denn auch in diesem Sinne nachdrücklich eine verstärkte, gegen den Westen gerichtete politisch-ideologische Erziehungsarbeit in der Armee und eine den Anforderungen des modernen Krieges entsprechende harte Ausbildung der Soldaten. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit betont die Landesverteidigung wissenschaftlicher, mit einer höheren Sachkenntnis als bisher, zu leiten. In diesem Zusammenhang stellt die SED insbesondere an die militärische Führung höhere Anforderungen. Die «Volksarmee» schrieb dazu in ihrer jüngsten Ausgabe: «Bedeutend umfangreicher sind die wissenschaftlichen Anforderungen an die Vorgesetzten, die Unteroffiziere und Offiziere. Um sozialistische Soldatenpersönlichkeiten erziehen und feste Kampfkollektive schmieden zu können, brauchen alle Unteroffiziere und Offiziere nicht nur gründliche marxistisch-leninistische Kenntnisse, sie müssen unbedingt auch etwas von Pädagogik, Psychologie und Soziologie verstehen.

Die Offiziere und Stäbe müssen außerdem mathematische Verfahren und Methoden der Operationsforschung beherrschen. Ohne Optimierungsrechnungen, Netzwerkplanung und verschiedenartige Modellmethoden wird bald kein militärischer Führungsstab mehr denkbar sein.»

Dementsprechend wird gegenwärtig die Ausbildung der Führungskader der Volksarmee und der anderen bewaffneten Organe an den militärischen Ausbildungsstätten verändert und den neuen Forderungen angepaßt. An der Militärakademie «Friedrich Engels» und den Offiziersschulen wurden bereits neue Lehr- und Ausbildungsprogramme eingeführt, die von den «Anforderungen des modernen Krieges und Truppendienstes» ausgehen und den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen der Militärtechnik Rechnung tragen. Besondere Bedeutung wird auch darauf gelegt, daß die Offiziere die Aufgaben der modernen Truppenführung allseitig beherrschen. • cs

Die militärischen Ausbildungsstätten

Die Militärakademie «Friedrich Engels» in Dresden ist mit ihrer Fakultät der Seestreitkräfte in Stralsund die höchste Ausbildungsstätte der Nationalen Volksarmee und hat seit 1962 den Rang einer Hochschule. Daneben bestehen zwei weitere höhere Lehranstalten und vier Offiziersschulen der Teilstreitkräfte der Armee. Verantwortlich für die Ausbildung der NVA-Kader im Ministerium für nationale Verteidigung ist der Stellvertreter des Ministers, Generallt. Siegfried Weiß.

Militärischen Charakter tragen auch die Hochschulen des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Staatssicherheit. Daneben existieren in der DDR noch verschiedene andere militärische Ausbildungsstätten. Sämtliche Leiter der hier aufgeführten Schulen gehören der SED an.

Im einzelnen handelt es sich um folgende militärische Ausbildungsstätten:

I. Nationale Volksarmee

1. Militärakademie «Friedrich Engels», Dresden. Die Akademie, die seit 1962 den Rang einer Hochschule hat, bildet in erster Linie Führungskräfte der NVA aus. Kommandant: Generalmajor Hans-Joachim Wiesner (1964); (in Klammern: Jahr der Berufung), Stellvertreter: Generalmajor Heinrich Heitsch (1961). Die Akademie setzt sich aus den Fakultäten für

Gesellschaftswissenschaften, Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, Panzer- und kraftfahrzeugtechnische Ausbildung und der Fakultät der Seestreitkräfte in Stralsund zusammen. Leiter: Konteradmiral Dr. Wilhelm Nordin (1963).

2. Lehranstalt der NVA, Naumburg. Die Lehranstalt bereitet NVA-Offiziere auf den Besuch der Militärakademien in Dresden oder Moskau vor. Kommandant: Oberst Herbert Kittelmann (1960).

3. Sonderschule des Ministeriums für nationale Verteidigung, Berlin. An dieser Schule werden die Polit- und Parteikader der Armee und des betreffenden Ministeriums ausgebildet. Kommandant: Oberst Hans Beckmann (1968).

4. Offiziersschule «Ernst Thälmann» der Landstreitkräfte, Löbau. Kommandant: Generalmajor Leopold Gotthilf (1963).

5. Offiziersschule «Rosa Luxemburg» der Grenztruppen, Plauen. Kommandant: Oberst Heinrich Stock (1966).

6. Offiziersschule «Franz Mehring» der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, Kamenz. Kommandeur: Oberst Siegfried Haufe (1966).

7. Offiziersschule der Volksmarine «Karl Liebknecht», Stralsund. Kommandant: Kapitän zur See Fritz Notroff (1965).

8. Die Militärärzte der NVA werden in der militärmedizinischen Sektion der «Ernst-Moritz-Arndt-Universität» in Greifswald ausgebildet. Kommandant: Oberst Dr. Herbert-Peter Liphardt (1965).

II. Sonstige Ausbildungsstätten mit militärischem Charakter

1. Hochschule der Deutschen Volkspolizei, Berlin. Promotionsrecht seit 1965. Kommandant: Oberst Dr. Fritz Bohmüller (1965), Stellvertreter: Oberstlt. Dr. Gerhard Knoblauch (1967).

2. Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Ferch bei Potsdam. Kommandant: unbekannt, bis 1965 Oberst Robert Korb.

3. Zentralschule «Ernst Thälmann» der Kampfgruppen, Schmerwitz bei Belzig. Kommandant: Major Raschinsky (1969).

4. Zentralschule der GST, Schönhagen, Kreis Luckenwalde. Leiter: Fritz Fliegauf.

Die für die vormilitärische Ausbildung der ostdeutschen Jugend verantwortliche Gesellschaft für Sport und Technik unterhält außerdem verschiedene Spezialschulen, an denen sich künftige Offiziere und Berufssoldaten militärische Grundkenntnisse erwerben, so unter anderem eine Marineschule in Greifswald/Wieck. cs

Neue Formen der Reservistenarbeit

Die NVA der DDR will ihre Reservistenarbeit künftig noch intensivieren. Zu diesem Zweck sollen neue Formen der Reservistenarbeit eingeführt werden, wie eine jetzt vom Minister für nationale Verteidigung unterzeichnete Durchführungsbestimmung zur Reservistenordnung vorsieht. Unter anderem sollen Offiziere der Reserve künftig zur «speziellen militärpolitischen Information und Weiterbildung» zu einem Reserveoffiziersseminar einberufen werden. Einberufungsberechtigt sind die Leiter der in den Betrieben bestehenden Reservistenkollektive der NVA sowie die Leiter der Wehrkreiskommandos. In den Kreisen soll das Reserveoffiziersseminar zweimal jährlich durchgeführt werden. An den Veranstaltungen können neben aktiven NVA-Offi-

zieren auch Offiziere der übrigen bewaffneten Organe der DDR teilnehmen.

Neu ist auch eine Arbeitsberatung, die künftig in regelmäßigem Turnus mit den Leitern der betrieblichen Reservistenkollektive der NVA durchgeführt werden soll. Zweck der Arbeitsberatung ist der Ostberliner Verordnung zufolge der Austausch von Erfahrungen sowie die Auswertung der Arbeit und der Aufgabenstellung der Reservistenkollektive, die unter anderem verpflichtet sind, bei der sozialistischen Wehrerziehung im Rahmen der GST, der SED-Kampfgruppen und der Zivilverteidigung aktiv zu helfen. cs

Militärische Ausbildung der zukünftigen Lehrerinnen

Nach dem gleichen Programm wie ihre männlichen Kommilitonen werden neuerdings auch die Pädagogikstudentinnen in der DDR durch Ausbilder der Gesellschaft für Sport und Technik und der Volksarmee militärisch geschult. Diese Ausbildung soll die Studentinnen «zu einer späteren qualifizierten Durchführung der sozialistischen Wehrerziehung in den Schulen befähigen.» Bisher wurden die mitteldeutschen Studentinnen innerhalb der obligatorischen Wehrerziehung vorwiegend durch das Rote Kreuz in Erster Hilfe ausgebildet.

Wie die «Märkische Volksstimme» berichtete, nahmen an dem kürzlich von der Pädagogischen Hochschule Potsdam in Prebelow veranstalteten obligatorischen «Lehrgang zur sozialistischen Wehrerziehung» auch über 500 Studentinnen des ersten und zweiten Studienjahres teil. Die Studentinnen wurden unter anderem im Schießen ausgebildet. Auf dem Programm standen weiterhin Taktikausbildung und Topographie. Ihre durch den Lehrgang erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten mußten Mädchen wie Jungen bei einer großangelegten zentralen militärischen Übung prüfen lassen.

Die «Märkische Volksstimme» sprach den Studentinnen in diesem Zusammenhang ein Lob aus, weil sie «ihren männlichen Kollegen in keiner Phase der Ausbildung nachstanden». Das SED-Organ schreibt weiter: «Der Ausbildungsleiter erzählte uns, daß er im ersten Moment den Studentinnen etwas skeptisch gegenübertrat; doch nach 3 Tagen warf die ungeheure Einsatzbereitschaft der Mädchen und ihr gesamtes Auftreten alle seine Bedenken über den Haufen.» cs

Verstärkung der Zivilverteidigung

Die Zivilverteidigung, die seit etwa einem Jahr in der DDR als «Teil der Landesverteidigung» neu organisiert, straff ausgerichtet und systematisch ausgebaut wird, kann sich auf einen immer größeren Kreis von aktiven Helfern stützen. Wie aus Berichten in der DDR-Presse hervorging, ist die Zahl der Angehörigen der Zivilverteidigung in den vergangenen 12 Monaten ständig gewachsen. Der Chef der Zivilverteidigung des Bezirkes Halle, Volkspolizei-Oberstlt. Röder, führte diese Entwicklung darauf zurück, daß die Bereitschaft der ostdeutschen Bevölkerung, «alles für den Schutz und die Verteidigung unserer Heimat zu tun», gewachsen sei. Die Angehörigen der Zivilverteidigung seien deshalb heute schon weit besser in der Lage, bei eintretenden Katastrophen schnell und wirksam zu helfen, erklärte er in Halle.

Nach Angaben von Röder zählt die Zivilverteidigung allein im Bezirk Halle über 10000 Angehörige, so daß für die gesamte DDR mit über 100000 Helfern gerechnet werden kann. Ein großer Teil der aktiven Helfer sind Frauen und Jugendliche, da die Männer in vielen Fällen den SED-Kampfgruppen angehören.

Die Zivilverteidigung soll im Falle einer militärischen Auseinandersetzung «den Schutz der Menschen, der Produktionsstätten und der Versorgungseinrichtungen im gesamten zivilen Bereich» sicherstellen. Die Zivilverteidigung verfügt nicht nur über die Sanitätszüge des Roten Kreuzes und die Einheiten des früher selbständigen Luftschutzes, sondern auch über zahlreiche radiologisch-chemische Aufklärungs-, Bergungs- und Instandsetzungs- sowie Entgiftungstrupps. cs

Reorganisation der militärischen und vormilitärischen Ausbildung der Jugend

Die Reservisten der NVA müssen gegenwärtig in der DDR die auf dem IV. GST-Kongreß im September 1968 beschlossene vormilitärische Ausbildung aller Jugendlichen in der DDR im Alter von 14 bis 18 Jahren übernehmen. Die überall in Betrieben und Institutionen bestehenden Reservistenkollektive wurden verpflichtet, den Grundorganisationen der für die vormilitärische Ausbildung verantwortlichen GST die benötigten Ausbilder für die Vorbereitung der Jugend auf den Wehrdienst zur Verfügung zu stellen und zur Unterstützung der Wehrerziehung mit den Schulen Patenschaftverträge abzuschließen. Wie die Ostberliner Zeitschrift «Volksarmee» mitteilte, übernehmen allein in den letzten Wochen fast 15000 Reservisten eine Funktion als Ausbilder in der GST. Mit über 3700 Schulen haben Reservistenkollektive Patenschaftsverträge zur Unterstützung der Wehrerziehung abgeschlossen.

Das GST-Zentralorgan «Sport und Technik» forderte die Kollektive in seiner jüngsten Ausgabe auf, noch mehr Reservisten als Ausbilder zur Verfügung zu stellen, um zu gewährleisten, daß «Hunderttausende junger Menschen» eine «auf hohem Niveau stehende, interessante vormilitärische Ausbildung nach dem dafür ausgearbeiteten neuen Programm» erhalten. Wie die Zeitschrift berichtete, konzentriert sich das neue Programm bei den 14 bis 16 Jahre alten Jugendlichen vorwiegend auf wehrsportliche Ausbildung, welche die Wehrebereitschaft und -fähigkeit stärkt, und bei den Jugendlichen von 16 Jahren an auf eine militärische Ausbildung, die bereits stark auf die einzelnen Truppengattungen zugeschnitten ist.

Die Hochschüler und Studenten, die bisher wie die Lehrlinge und Schüler durch die GST vormilitärisch geschult worden sind, werden neuerdings direkt von Offizieren der Volksarmee oder anderen bewaffneten Organen nach gleichen Grundsätzen wie die Soldaten militärisch ausgebildet. Dies geht aus einem Bericht des Dresdener SED-Organes «Sächsische Zeitung» über die diesjährige «militärische Ausbildung» der Studenten der Technischen Universität hervor. Danach müssen die männlichen TU-Studenten während der Sommerferien an einem vierwöchigen straff organisierten militärischen Grundlehrgang im Ausbildungslager «Peter Görig» in Seelingstädt teilnehmen. Lehrgangsleiter ist ein Oberstleutnant

der Volksarmee. Auch die Kompaniechefs sind Offiziere der Volksarmee.

Wie das SED-Organ weiter mitteilte, müssen die Studenten künftig außerdem – ebenso wie die Soldaten der Volksarmee – einen Fahneide auf die DDR ablegen. Wie den Soldaten wird auch den Studenten Politunterricht erteilt, der sich insbesondere gegen die Bundeswehr richtet. cs

Unterirdische Wehrmachtsfabrik in Jena wieder in Betrieb

Die während des Krieges von Insassen des Konzentrationslagers Buchenwald in unterirdischen Bergstollen bei Rothenstein südlich von Jena gebaute Fabrikanlage ist von mitteldeutschen Stellen jetzt einer neuen Verwendung zugeführt worden. Welchen Zwecken diese neue Anlage dient, konnten durch dieses Gebiet reisende Besucher nicht feststellen; bekannt wurde lediglich, daß der 1946 vermauerte Eingang wieder geöffnet worden ist, von mit Maschinenpistolen ausgerüsteten Wachen geschützt wird und in die Stollen laufend Lastwagentransporte geschleust werden. Nach übereinstimmenden Berichten werden seit einiger Zeit auch Arbeitskräfte in das Gebiet südlich von Jena transportiert. Die Stollen waren 1943/44 gebaut und mit Anlagen zur Herstellung von Zündern für die V2-Raketen ausgerüstet worden. Gleich nach Kriegsende waren die Maschinen von sowjetischen Einheiten demontiert und in die Sowjetunion transportiert worden. Die Stollen selbst hatte man 1945 zugemauert. cs

Tschechoslowakei

Politische Erziehung in der Armee

Im Sommer 1969 hatte eine Umfrage unter Rekruten, wie «Tribuna» am 9. Juli berichtete, ergeben, daß sich 75% gegen eine Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion aussprachen, daß 81% die Notwendigkeit einer Vertiefung der Beziehungen zwischen den Völkern der CSSR und der UdSSR bezweifelten und daß 56% keine Gefahr eines Angriffs auf die CSSR durch die Bundesrepublik oder die NATO zu erkennen vermochten. «Tribuna» stellte dieses Ergebnis als Beweis dafür hin, was feindliche Propaganda in relativ kurzer Zeit erreichen kann, wenn man ihr nicht energisch genug begegnet. ZK-Sekretär Josef Kempny mußte denn auch am 5. August, als er der Armeezeitschrift «A Revue» ein Interview gewährte, zugeben, daß die politische Krise des letzten Jahres die Armee nicht unberührt gelassen und ihr Klassenbewußtsein geschwächt habe. Demgegenüber betonte Kempny den Klassencharakter der Streitkräfte, die stets bereit sein müßten, den Staat gegen «Subversion» zu verteidigen.

Schon am 19. Juli hatte Generallt Frantisek Bedrich, Chef der politischen Hauptverwaltung der Volksarmee, in «Obrana Lidu» geschrieben, daß die ideologische Indoktrinierung wieder intensiviert und die klassenpolitische Ausrichtung der Kaderpolitik in der Armee gesichert werden müssen. Als erster Schritt in dieser Richtung, am 29. Juli, konnte die Ernennung des Generalmajors Martin Korbela, eines konservativen Offiziers, zum Personalchef im Verteidigungsministerium gelten. In dieser Stellung folgte ihm nun General Otokar Rytir, ein Dogmatiker, der unter

Novotny Stabschef und in die Putschvorbereitungen verwickelt war. Auch beim Sturz Dubceks soll er seine Hand im Spiel gehabt haben. cs

Rumänien

Staatschef Ceausescu über Verteidigungsbereitschaft

Partei- und Staatschef N. Ceausescu befaßte sich in seiner Rede auf dem X. Parteitag der RKP auch mit der Verteidigungsbereitschaft des Landes: «Partei und Regierung bemühen sich unaufhörlich um die Stärkung der Wehrfähigkeit Rumäniens, um die Vervollkommnung, die Organisation und die Verbesserung der Ausrüstung unserer Streitkräfte, die dazu berufen sind, den Interessen des Volkes zu dienen, die Unabhängigkeit und Souveränität des Vaterlandes zu verteidigen. Unser Land wird auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit den Armeen der anderen sozialistischen Länder entwickeln und ist bereit, im Falle eines imperialistischen Angriffs jederzeit seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Verteidigung des Vaterlandes ist Pflicht jedes einzelnen Staatsbürgers; unter den Bedingungen von heute müssen im Falle eines Krieges nicht nur die Armee, sondern alle Staatsbürger bereit sein, für die Verteidigung der Freiheit, der Souveränität und der Integrität des Vaterlandes zu kämpfen. Wir sind der Meinung, daß ein anti-imperialistischer, ein Verteidigungskrieg nur ein Volkskrieg sein kann und daß der Sieg nicht an der Kampffront, sondern nur durch den allgemeinen Kampf des ganzen Volkes erzielt werden kann. Dies ist der Sinn der von Partei und Regierung getroffenen Maßnahmen zur Bildung der patriotischen Garden und zur militärischen Ausbildung der Jugend ...» cs

Israel

Die israelische Regierung hat das *Einberufungsalter der Reservisten* von 49 auf 55 Jahre heraufgesetzt. Wie Verteidigungsminister Dajan erklärte, muß die Armee angesichts der gegenwärtigen Lage mit größeren Beständen rechnen können; auch der *Zivilschutz* brauche angesichts der zunehmenden Untergrundtätigkeit der Araber israelischer Nationalität mehr Leute. An einer Pressekonferenz erklärte General Dajan, daß die Bestände der regulären arabischen Armeen – vor allem der ägyptischen Armee – seit dem Sechstagekrieg fast verdoppelt worden seien. Trotzdem sei die Schlagkraft der israelischen Armee im Vergleich dazu auch heute noch beträchtlich höher. z

Buchbesprechungen

Histoire de la résistance en France. Par Henri Noguéres, Marcel Degliame-Fouché, Jean-Louis Vigier. Tome I: juin 1940–juin 1945, 510 pages. Tome II: juillet 1941–octobre 1942, 733 pages. Editions Robert Laffont, Paris 1967 et 1969.